

nachrichten

Estrada in Haft — ein Meilenstein

Ex-Präsident Estrada machte wieder Geschichte: er ist der erste asiatische Präsident, der angeklagt und der erste philippinische Präsident, der verhaftet wurde.

Die Verhaftung am 25. April war vom Korruptionsgericht

Sandiganbayan erlassen und von der Philippine National Police (PNP) ausgeführt worden. Der unermüdliche Druck der progressiven Gruppen aber war der entscheidende Faktor, der zu einer Verhaftung geführt hat — die selben

Gruppen, die erfolgreich in People Power II für seine Amtsenthebung gekämpft haben.

vgl. *Bulatat.com*, 28.4.01

siehe: *Asiatisches Theater*, S. 73

Anstrengungen für den Frieden?

Die Regierung hat sich zu gemeinsamen Anstrengungen mit der MILF für die Entwicklung erobertter MILF-Camps — etwa Camp Abubakar — verpflichtet. Die Präsidentin ebenfalls bekannt, dass die muslimischen Rebellen einer Waffenruhe zugestimmt haben, um den Weg für Friedensgespräche innerhalb der nächsten drei Monate zu ebneten.

Die Präsidentin sagte, dass Camp Abubakar, Camp Sarmiento und nahezu 50 Stützpunkte, die während des von Estrada erklärten »totalen Krieges« im letzten Jahr eingenommen wurden, ursprünglich zivile Gemeinschaften waren. Arroyo betonte jedoch, dass die Truppen nicht die eroberten MILF-Territorien räumen würden. Sie sollten den Frieden sichern, während die Regierung und die MILF gemeinsam daran arbeiten würden, die weitreichenden fruchtbaren Gebiete zu entwickeln, um das Leben der Muslime, der größten Minderheit des Landes, zu sichern — so Arroyo.

Die weiteren Friedensgespräche sollen zum größten Teil in Malaysia stattfinden. Der damalige Verteidigungsminister Ermita gab an, er habe mit Premierminister Mahathir Mohammad gesprochen, der seinerseits die MILF gedrängt hätte, sich auf Entwicklung statt auf Kampf zu konzentrieren.

vgl. *MT*, 27.3.01

Nach der Verhaftung Estrada kam es immer wieder zu Unruhen aufgebrachter Estradaanhänger/innen, die am 1. Mai in dem Versuch gipfelten, den Präsidentenpalast zu stürmen. Die Regierung von Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo erklärte darauf hin einen »Zustand der Rebellion« und warf Estrada-nahen Politiker/innen vor, per »rent-a-mob«-Taktik die Regierung stürzen zu wollen.

Es kam zur Verhaftung oppositioneller Senatskandidaten — u.a. Juan Ponce Enrile —, die nur gegen Kautions wieder freikamen. Erst kurz vor den Wahlen sicherte die Regierung den Beschuldigten zu, einen von Verhaftungsdrohungen freien Wahlkampf führen zu können und hob den verhängten Notstand wieder auf.

Am 14. Mai wurden 13 der 24 Senatoren, alle 262 Kongressabgeordneten sowie 17.000 regionale und kommunale Vertreter gewählt. Nach offiziellen Angaben lag die Wahlbeteiligung mit 85 Prozent bei 36 Millionen Wahlberechtigten höher als noch 1998.

Bei zahlreichen Zwischenfällen im Wahlkampf hat es 79 Tote gegeben. Zusammenstöße gab es sowohl zwischen Guerillagruppen, Militär und Privatarmeen als auch zwischen rivalisierenden Parteien. Die orthodoxlinke Parteiliste Bayan Muna beklagte sich, Opfer von »schwarzer Propaganda« der rivalisierenden linken Parteilisten Sanlakas, PnM, Akbayan und der PDSP gewesen zu sein. Diese brachten Bayan Muna mit Berichten über angebliche Exekutionen von

despotischen und das Drogensyndikat unterstützenden Politikern durch die NPA in Verbindung. Etta Rosales, Mitglied von Akbayan, beschuldigte wiederum die NDF, vermeintliche Exekutionen zu tolerieren.

Bei den Parteilistenwahlen erzielte Bayan Muna mit über 12 Prozent der Stimmen das Spitzenergebnis — und erhält doch wegen des Wahlrechts bloß drei Sitze im Repräsentantenhaus. Für Akbayan zieht erneut Rosales ins Parlament ein. Das dritte Lager der politischen Linken SANLAKAS, war mit zwei Listen angetreten, konnte die 2-Prozent-Hürde aber mit keiner überwinden.

Vgl. *taz*, 14.5.01; *Junge Welt*, 16.5.01; *Bulatat.com*, 15.5.01; *PDI*, 30.5.01

siehe: *Punktgewinn*, S. 71f.

Unternehmen gegen WTO

Philippinische Fabrikanten drängen die Macapagal-Regierung, die bestehenden Zoll-Tarife des Landes in dem bevorstehenden WTO-Treffen über Handelsverträge zu verteidigen. Die Federation of Philippine Industries (FPI) sagte in einem Positionspapier, die Philippinen hätten ihre Tarife seit 1995 schon um grob die Hälfte beschnitten, was mehr war, als die WTO gefordert hatte.

WTO-Vereinbarungen fordern die Mitglieder des Handels auf, die Zölle aller gewerblichen Güter über eine Zehn-Jahres-Periode bis zum Jahre 2004 um 33 Prozent zu senken. Die Regierung hat in ihrem Eifer, die WTO zufriedenzustellen, die durchschnittlichen Zölle auf landwirtschaftliche Produkte um 52 Prozent von 27,9 Prozent in 1995 auf 14,4 Prozent in 2000 gesenkt. Der FPI

zufolge wurden die Zölle auf Industriewaren ähnlich gesenkt.

Die FPI sagte, abgesehen von der Beibehaltung der Tarife sollte die Regierung während des WTO-Treffens im November auf eine Verlängerung der Vertragslaufzeit des Motor Vehicle Development Program von 2000 bis zum Jahre 2004 drängen.

Weil die Barrieren gegen den Autohandel im letzten Jahr nicht beseitigt wurden, haben die Vereinigten Staaten, einflussreichstes Mitglied der WTO, eine Klage gegen die Philippinen eingereicht. Die Philippinen beanspruchen bis zu fünf Jahre, um ihre Autoindustrie für den Markt zu stärken. Eine weitere Forderung der FPI ist der Patentschutz biotechnologischer Produkte für Entwicklungsländer.

vgl. *PDI*, 17.5.01

Mangel an Lehrern

Zu Wiederbeginn der Schulzeit am 4. Juni sagte Erziehungsminister Raul Roco voraus, dass einige Schulklassen an öffentlichen Schulen zwar mehr als genug Schüler/innen, aber nicht genügend Lehrer/innen haben werden. Roco gestand eine Reduzierung um ungefähr 36.000 Lehrer/innen ein. Daher müssten in vielen der weit verstreuten barangays in den Provinzen Schüler/innen aus verschiedenen Jahrgangsstufen gleichzeitig in einer Klasse unterrichtet werden. Roco sagte, er werde sich für zusätzliche Budgetgelder einsetzen, um die Anzahl der Lehrer/innen, besonders in der Provinz, zu vergrößern.

vgl. *PDI*, 3.6.01

Unmoralisch — oder sozialkritisch?

Präsidentin Arroyo hat den Film »Live Show« von den Kinoleinwänden verbannt, nachdem sich u.a. die katholische Kirche gegen eine weitere öffentliche Aufführung ausgesprochen hatte. Der Film, der das Leben einer Toroista schildert, jeman- dem, die Sex auf der Bühne vorführt, war im vergangenen

Jahr beim Berliner Internationalen Filmfest erstmals gezeigt und positiv aufgenommen worden. Auf den Philippinen waren in der Vergangenheit bereits Filme wie »Das Piano« oder »Schindlers Liste« wegen angeblich unmoralischer Inhalte auf den Index gesetzt worden.

Der Chef der staatlichen Zensurbehörde Nicanor Tiongson trat darauf zurück. Tausende Demonstrant/innen bezeichneten den Film als gesellschaftskritisch und sein Verbot als Kotau vor der Kirche.

vgl. PDI 22.3.01

nachrichten

Christen für die PNM, Muslime für die PPC

Die Senatskandidat/innen von Estradas Partido ng Masa (PnM) konnten in den von Christ/innen dominierten Gebieten Mindanaos — gerade in den vom Krieg im letzten Jahr betroffenen Gebieten — überwältigende Ergebnisse verzeichnen. In den Moro-Provinzen wie z.B. Maguindanao jedoch schnitten sie schlecht ab, wo sie mit Ausnahme von Santanina Rasul und Ombra Tamano (beides Muslima), keine Stimme bekamen. (Dort konnten die Kandidat/innen der arroyonahen People Power Coalition (PPC) fast alle Stimmen gewinnen.) Laut Edmundo Martinez, Präsident der Jesuitenuniversität Ateneo de Davao, ein Signal an die Macapagal-Regierung, der Entwicklung und den Programmen zur Armutsbekämpfung in Mindanao größere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. »Sie müssen essen, also müssen sie Geld im Austausch für ihre Wahl-Stimmen annehmen«, so Martinez.

Estrada hatte jedoch auch unter den christlichen Siedler/innen mit seinem totalen Kriegskonzept viel Sympathie gewinnen können. Viele betonten, sie hätten nicht die PPC gewählt, da sie eine eventuelles Erstarken der MILF und der muslimischen Moros unter einer starken Regierung von Macapagal befürchteten.

Einige Stimmen warnten davor, die Wahlen entlang ethnischer oder religiöser Linien zu analysieren. Das würde, laut Bacon Macaraya, Präsident des Ranao Center for Peace and Development, nur die »alten« Vorurteile und die Feindseligkeit der Moros und Siedler/innen gegeneinander anstacheln. Politische Analytiker/innen sind der Meinung, dass die Wahl in Zentralmindanao und Maguindanao in erster Linie ein starkes Friedensbedürfnis widerspiegelt.

vgl. PDI, 20. -21.5.01

Neuer Finanzminister eine Überraschung —

Umweltminister wie erwartet

Die Ernennung von Energieminister José Isidro Camacho zum neuen Finanzminister war eine große Überraschung, da Arroyo vorher angekündigt hatte, Handelsminister Manuel Roxas würde den Posten übernehmen. Camacho wird Alberto Romulo ablösen, der nun der Exekutivminister der Präsidentin wird. GMA erklärte, dass Camacho, ein früherer Investmentbanker, zahlreiche Maßnahmen erlassen hätte, die Einkünfte zu heben und das Budgetdefizit des Landes zu minimieren. Frau Arroyo teilte auf einem von der Maklergesellschaft CLSA Emerging Markets organisierten Forum ihre Erwartung mit, dass das Haushaltsdefizit 2001 145 Milliarden Pesos (6.3 Milli-

arden Mark) nicht überschreiten wird (was immer noch über dem Defizit von 136.1 Milliarden Pesos im Jahre 2000 liegt). Die Präsidentin sagte, ihre Regierung würde die Unabhängigkeit der Zentralbank respektieren und bevorzugen, dass der Markt den Wert des Peso bestimmt. »Wir glauben nicht an Eingriffe in den Markt, außer wenn es wilde Fluktuationen im Wechselkurs gibt«, so Arroyo.

Im März hatte Arroyo wie erwartet Heherson Alvarez zum Umweltminister berufen. Alvarez hatte sich in der Vergangenheit für die Aufhebung eines völligen Einschlagverbotes ausgesprochen und war daher in die Kritik geraten.

vgl. AP, 16.5.01

Arroyo setzt Todesstrafe aus

Präsidentin Arroyo ließ am 3. April durch ihren damaligen Exekutivsekretär Renato de Villa wissen, dass sie in ihrer Amtszeit bis 2004 sämtliche Todesstrafen automatisch per Begnadigung in lebenslange Strafen umzuwandeln gedenke.

Das stieß auf Widerspruch von Antikriminalitätsgruppen wie die Crusaders against Violence. Sie sprachen von einem »Missbrauch des Begnadigungsrechts« und

fürchten, dass Kapitalverbrechen wie Morde, Vergewaltigungen, Entführungen und Drogenhandel nun explosionsartig zunehmen würden.

Zur Zeit sitzen 1720 Personen in Todeszellen. Unter dem Ex-Präsidenten Estrada waren seit 1999 sieben Menschen durch die Giftspritze hingerichtet worden.

vgl. PDI, 4.4.01

Proteste der Lumads

Die indigene Bevölkerung in Lantapan, Bukidnon hat ihre kämpferische Bereitschaft erklärt, sich gegen ein Projekt der Weltbank zu wehren, welches ihre Kultur gefährde. Die Lumads wollen die Durchführung des Projekts blockieren, wenn die beteiligten Agenturen, besonders das Umwelt- und Ressourcenministerium (DENR), keinen Dialog mit ihnen beginnen würden.

Talaandig Lumad-Führer Datu Migketay V. Saway behauptete, dass das Conservation of Priority Protected Areas Project (CPPAP), ein Entwicklungsprojekt in Mt. Kitanglad, versagt habe, ihren Anspruch

auf ihr angestammtes Land genügend zu berücksichtigen. Dies war eine der Hauptverpflichtungen der Weltbank. Saway beschuldigte das lokale DENR-Büro das Community Based Forest Management Agreement (CBFMA) eingeführt und somit »kulturelle Schändungen« begangen zu haben.

Er sagte, diese Verletzungen beinhalten die Zerstörung der Stammesstruktur und der Integrität des Oberhauptes innerhalb des Stammes. Deswegen fordere der Ältestenrat einen Dialog über die Verletzungen ihres Gebietes.

vgl. PDI, 2.5.01